Ä2 zu A-12: Prüfantrag: Unsere Verbandsstrukturen zukunftssicher machen

Antragsteller*innen	Landesvorstände: Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz & Bundesvorstand (dort beschlossen am: 01.07.2025)

Antragstext

Von Zeile 1 bis 5:

Der Bundesvorstand wird beauftragt, zusammen mit den Landesvorständen~~,~~ **und den entsprechenden Bundesteams**, zu prüfen, wie die GRÜNE JUGEND als Verband strukturell queerfeministischer, inklusiver[Leerzeichen]**, antirassistischer** und antidiskriminierender gestaltet werden kann. ~~Der~~Ein erster Bericht soll auf dem Bundeskongress 2025 vorgestellt werden.
Wir als Landesvorstände strukturieren diesen Prüfungsprozess und übernehmen die Verantwortung, dass eine Beteiligung unserer Mitglieder vor Ort ermöglicht wird. Dabei schaffen wir Platz für die unterschiedlichen Bedürfnisse, **besonders ~~auch der~~für die Perspektiven von marginalisierten Gruppen und strukturschwachen Verbänden.Die Bundesteams übernehmen eine beratende Rolle. Der Bundesvorstand moderiert den Prüfungsprozess und übernimmt die Verantwortung, Ergebnisse der Prüfung in das für 2026 geplante Struktur:Update einfließen zu lassen. Die Zusammenarbeit im Prüfungsprozess ist der Anfang für eine ~~moderierende Rolle~~gemeinsame Arbeit am Struktur:Update 2026.**

Von Zeile 7 bis 9:

1. **Einbindung marginalisierter Gruppen:**
   Wie können FLINTA*, ~~BIPoC,~~ **migrantisierte Personen**, Menschen mit Behinderung,Juden*Jüdinnen, Menschen mit prekärem sozioökonomischem Hintergrund und queere Personen systematisch in Entscheidungsstrukturen eingebunden und gestärkt werden?

Von Zeile 13 bis 16:

3. **Verantwortungs- und Machtverteilung:**
   Welche institutionellen Veränderungen – wie z. B. ~~die Einrichtung eines FLINTA*-Rats oder~~ institutionalisierte, regelmäßige Austauschmöglichkeiten der Sprecher*innen bzw. Politischen Geschäftsführungen – ermöglichen eine gerechtere Verteilung von Verantwortung und Macht im Verband und stellen sicher, dass diskriminierungssensible Perspektiven verbindlich berücksichtigt werden? **Hier soll auch besonders die strukturelle Förderung von FLINTA*-Personen auf allen Ebenen geprüft werden, ein Vorschlag ist die Errichtung eines FLINTA*-Rats.**

Begründung

Die GRÜNE JUGEND versteht sich selbst als queerfeministischer, inklusiver, antirassistischer, antidiskriminierender und basisdemokratischer Verband. Dieser Anspruch muss jedoch strukturell abgesichert und konsequent umgesetzt werden. Diverse aktuelle Debatten im Verband haben deutlich gemacht, dass in vielen Bereichen der Verbandsarbeit diskriminierende Strukturen wirken, Teilhabe erschwert wird und marginalisierte Gruppen häufig unterrepräsentiert bleiben.

1. Strukturelle Diskriminierung erkennen und abbauen:
Ausschlüsse passieren nicht nur durch individuelles Verhalten, sondern sind häufig strukturell verankert – z. B. durch exklusive Redeformate, unausgesprochene Normen oder begrenzte Ressourcen. Diese Ausschlüsse müssen erkannt, benannt und abgebaut werden.

2. Repräsentation schafft Veränderung:
Eine glaubwürdige und wirksame politische Arbeit ist nur möglich, wenn sie die Perspektiven derjenigen einbindet, die von Diskriminierung betroffen sind. Dies erfordert sichere Räume, Repräsentation mit echter Entscheidungsmacht und institutionelle Absicherung dieser Beteiligung.

3. Ausschlüsse führen zu Frustration und Austritt:
FLINTA*-Personen und andere marginalisierte Gruppen berichten regelmäßig, dass sie sich in der GRÜNEN JUGEND nicht ernst genommen oder sicher fühlen. Dies führt nicht nur zu Frustration, sondern auch zu Rückzug und Austritt – mit dem Verlust wertvoller Perspektiven und politischer Stimmen.

4. Queerfeminismus ist nicht nur Inhalt, sondern Struktur:

Queerfeminismus muss sich nicht nur in inhaltlichen Positionen, sondern auch in innerverbandlichen Strukturen und Machtverhältnissen widerspiegeln. Dazu gehört eine Kultur des Empowerments ebenso wie verbindliche Gremien und Verfahren, die diskriminierungskritisch gestaltet sind.

5. Demokratische Legitimität braucht Inklusion:

Eine Organisation, die bestimmte Gruppen systematisch ausschließt oder ihnen keine gleichwertige Stimme gibt, verliert an demokratischer Legitimation. Eine strukturierte Inklusion aller Mitglieder stärkt die politische Glaubwürdigkeit und Wirksamkeit unseres Verbands.

6. Wir bauen auf vorhandene Debatten auf:

Viele der genannten Ideen – ein FLINTA*-Rat, hybride Beteiligungsformate oder barrierearme Events – sind bereits Teil der laufenden Verbandsdebatten. Es geht nicht darum, diese Themen neu zu erfinden, sondern sie systematisch zu prüfen, zu konkretisieren und erste Umsetzungsschritte zu gehen.

Mit diesem Antrag setzen wir einen strukturellen Reformprozess in Gang, der unsere politischen Ansprüche mit unserer innerverbandlichen Praxis in Einklang bringt – für eine GRÜNE JUGEND, in der alle gehört, gesehen und wirksam sein können und für einen Verband, der sicher für die Zukunft aufgestellt ist.

Solch ein Prozess wird auch vom Bundesvorstand aktuell vorbereitet und soll auf dem Bundeskongress 2025 vorgestellt werden. Der vorliegende Antrag soll eine Richtung aufzeigen, Transparenz schaffen und eine Abstimmung des Prozesses zwischen Bundesvorstand und Landesvorständen sicherstellen.